



Liebe Freunde,

bisher zeigte sich, dass noch niemals Sanktionen gegen ein Land den gewünschten Effekt brachten ... nochmals: noch nie! Trotzdem setzt man es als Mittel zum Zweck ein. Doch diesmal ist es anders. Russland war auf diese Sanktionen vorbereitet ... Europa nicht! Das hat zur Folge, dass Europa mehr unter seinen eigenen Sanktionen leidet als Russland.

Viel an Intelligenz ist den europäischen Politikern nicht beschieden zu sein, denn so dumm und selbstzerstörerisch wie sie agieren, lässt den Schluss zu, vollkommen realitätsfremd und vollkommen frei von zusammenhängendem Denken zu sein. Bildlich gesprochen, man weiß, dass man den Karren an die Wand fährt, aber man beschleunigt noch so lange, solange es die verbliebene Zeit noch zulässt. Nach dem Motto, der Schaden soll so groß sein als nur irgendwie möglich ... Der demenzkranke und ebenfalls völlig abgehobene US-Präsident spielt Europa noch zusätzlich gegen Russland aus. Ein gefährliches Spiel, das für Europa leicht tödlich ausgehen kann!

Zudem sollte man sich klar werden, dass nur ein Teil unserer gesamten Staatengemeinschaft Russland sanktioniert: Europa (außer Türkei & Serbien), Kanada, USA, Japan, Südkorea, Taiwan, Australien und Neuseeland. Fast ganz Asien inklusive China und Indien, ganz Afrika und Südamerika haben keine Sanktionen gegen Russland verhängt und profitieren jetzt davon, da Russland die Exporte, die für Europa bestimmt waren, umlenkt.

Russland hat durch seine Größe und Bodenschätze vieles an Rohstoffen, die gebraucht werden und derzeit natürlich nicht in Europa lieferbar sind. Sei es Uran oder Kunstdünger ... die Sanktionen wirken!!! ... für Europa!!!



Karte der Sanktionen

Medial wird in Europa so getan, als hätte die ganze Welt Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Realität sieht wie so oft anders aus. Dass sich gerade Europa mit diesen Sanktionen massiv isoliert und die restliche Welt weiter zusammenrückt, ist den wenigsten Menschen bewusst!

[www.auf1.tv]

DIE SANKTIONEN

Ukraine-Krieg & Russisch-Roulette: Der Westen zerstört sich mit den Sanktionen selbst

Die massiven Wirtschafts- und Finanz-Sanktionen, die der Westen Russland aufgrund des Angriffs auf die Ukraine auferlegt hat, entwickeln sich immer mehr zum Bumerang. Schon spricht Bundesfinanzminister Christian Lindner von einem hiesigen „volkswirtschaftlichen Wohlstandsverlust.“ Doch nicht nur das: Experten unken, dass die Russland-Sanktionen sogar zur Zerstörung des Euro-Systems führen könnten. Ganz zu schweigen von Milliardenkosten, Lebensmittelengpässen, Preisexplosionen bei Energieträgern und Nahrungsmitteln für die europäischen Bürger.

Neben dem militärischen Krieg zwischen Russland und der Ukraine tobt ein Finanzkrieg zwischen EU/USA und Putins Riesenreich. Durch massive Sanktionen soll Russlands Wirtschaft destabilisiert, größtenteils von

der Kapitalwelt abgeschnitten und die Kriegskasse trockengelegt werden.

Ein zweiseitiges Schwert

Auch wenn die ersten Auswirkungen für viele Russen bereits spürbar sind, könnte Russland mit einer Golddeckung des Rubels einen Alternativweg finden, um sich so vor einer Wirtschafts- und Finanzkatastrophe abzusichern. Dabei könnte die russische Zentralbank einen Teil des Goldes seiner Devisenreserven gegen Rubel eintauschen, um den Währungsbedarf zu decken, sowie den Rest zu ihren Goldreserven hinzufügen. Das würde de facto zur Einführung eines Goldstandards führen. Auch der russische Staatsfonds hält etwa ein Fünftel seines Vermögens in Gold.

Ohnehin ist die russische Wirtschaft nicht auf ausländische Währungen angewiesen, weil sie relativ gesund und stabil ist. Die Staatsverschuldung beträgt weniger als 20 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (Deutschland 72,5 Prozent). Nur der Verlust aller Öl- und Gaseinnahmen könnte Putin nachhaltig schaden. Bekanntermaßen verhängte US-Präsident Joe Biden einen entsprechenden Importstopp.

Würde die EU nachziehen, wäre dies allerdings ein zweiseitiges Schwert, denn dadurch wäre die Energiesicherheit Europas anhaltend gefährdet. Der deutsche Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sprach diesbezüglich von einem verheerenden Wirtschaftseinbruch von fünf Prozent. Und das ist wohl noch eine konservative Schätzung.

Russisches Roulette für die EU

Das europäische Wirtschaftssystem befindet sich selbst in einer Krise: Die Währungsabwertung führt zu nachlassender Kaufkraft und damit zu steigenden Preisen. Ganz abgesehen davon, dass das aktuelle Fiat-Geldsystem stetig durch die Ausweitung von Bankkrediten finanziert wird, sprich durch massenhaft gedrucktes „Helikopter-Geld.“ Bereits jetzt wirken sich die Sanktionen negativ auf den europäischen Bankensektor aus. Anfang März 2022 froh etwa die italienische Unicredit ihr Russland-Engagement von 14 Milliarden Euro ein. Ähnlich die französische Société Générale.

Auch deutsche und österreichische Geschäftsbanken sind in Russland stark exponiert. Aufgrund des Lizenzentzuges der russischen Sberbank, muss der österreichische Steuerzahler über die Einlagensicherung der Finanzmarktaufsicht knapp 1 Milliarde Euro für die geschädigten Kunden abdrücken. In Deutschland belaufen sich die Forderungen der Banken gegenüber Russland auf rund 6 Milliarden Euro.

Durch eventuelle Gas- und Ölbeschränkungen aus Russland und den damit steigenden Energiepreisen, erhöhen sich auch die Risiken der europäischen Geschäftsbanken. Dann müssten die überschuldeten Institute wohl vom Zentralbankennetzwerk des Eurosystems gestützt werden. So warnt die Goldmoney-Holding bereits: „Wir sehen jetzt, wie die Finanzsanktionen des Westens nach hinten losgehen und zunächst das Eurosystem und seine Währung zerstören werden.“ Wahrlich „Russisch Roulette!“

Wohstandsverlust

Bundesfinanzminister Christian Lindner erklärte bezüglich eines Gas- und Öl- und Kohleembargos oder Exportstopps aus Russland, dass dies dramatisch steigende Preise nach sich ziehen könnte. „Spätestens im nächsten Herbst und Winter hätten wir Versorgungsengpässe und müssten sehr einschneidende Maßnahmen diskutieren.“ Und auch die Preisexplosionen an den Tankstellen könne der Staat nicht auffangen. „Es wird einen volkswirtschaftlichen Wohstandsverlust geben“, so Lindner. „Man kann das übersetzen, dass wir alle ärmer werden.“

Sanktionsbumerang

Doch nicht nur das europäische Finanzsystem und die Energiesicherheit sind gefährdet, sondern auch der Rohstoff- und Lebensmittelsektor. Wochenblick berichtete über Engpässe bei den Getreidelieferungen: Russland und die Ukraine sind mit die wichtigsten Exporteure von Hafer, Roggen, Gerste und Weizen. Angesichts der massiven Verknappung von Grundnahrungsmitteln hat Ungarn bereits seine Getreideexporte unterbunden. Deutsche Landwirte schlagen schon jetzt Alarm: Mehr als 75 Prozent der Getreidevorräte sind aufgebraucht!

Ganz zu schweigen von den Tausenden Mitarbeitern in der Automobilbranche, die aufgrund der Russland-Sanktionen vor dem Jobverlust stehen. In Russland und in der Ukraine gibt es fast 50 Fertigungsstandorte von Zulieferern. Bei VW in Zwickau und Dresden standen wegen ausbleibender Materiallieferungen bereits tagelang die Fahrzeugfertigungen. In der Chemie-Branche sieht es auch nicht besser aus: Wolfgang Große

Entrup, der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie, mahnte ebenfalls vor einer problematischen Lage, sollte Gas knapp werden. Und das wird es ganz bestimmt. Schon jetzt steigen Öl-, Gas- und Benzinpreise ins Uferlose, sind kaum mehr zu bezahlen.

Kurzum: Die großen Verlierer bei den westlichen Russland-Sanktionen sind die hiesigen Verbraucher, die sich nicht nur stark einschränken müssen, sondern noch weiter finanziell ausgebeutet werden.

<https://www.wochenblick.at/wirtschaft/ukraine-krieg-russisch-roulette-der-westen-zerstoert-sich-mit-den-sanktionen-selbst/>

Deutsche Schnellschusspolitik: Das böse Erwachen wird kommen

Derzeit scheint es kein wichtigeres Staatsziel zu geben als die nachhaltige Kappung von Handelsbeziehungen zu Russland, am besten gleich, gerne jedoch auch asap oder irgendwann. Wer Verlautbarungen parteiübergreifender deutscher Politiker, aber auch von Joe Biden und Ursula von der Leyen im Chor mit den Chefs der EU- und NATO-Mitgliedsstaaten lauscht, der muss den Eindruck gewinnen, als ginge es hier nicht mehr um eine anlassbezogene Gegenreaktion auf einen klar völkerrechtswidrigen Angriffskrieg – sondern um die finale, endgültige Isolation des rohstoffreichsten und größten Staates der Erde.

Man sollte doch eigentlich meinen, Zweck der Maßnahmen seien ein Kriegsende und, nach Möglichkeit, idealerweise ein Regime-Change im Kreml. Dass jedoch perspektivisch die Beendigung vieler Lieferbeziehungen bei bestimmten Produkten und Ressourcen erst 2024, 2028 oder 2030 abgeschlossen sein wird, scheint nicht weiter zu stören – sondern wird ebenso begrüßt wie das, was sanktionstechnisch sofort möglich ist. Seltsam: Diese offenbar unumgänglich gedachte finale Beendigung der geschäftlichen Kooperation mit Russland für alle Zeiten blendet vollkommen die Möglichkeit aus, dass man es bis dahin vielleicht schon gar nicht mehr mit dem „bösen Russland“ zu tun haben wird: Denn was passiert denn, wenn – wünschenswerterweise – das System Putin durch einen nicht von außen orchestrierten, sondern einen von innen (durch innerrussische Oppositionskreise, abtrünnige Militärs oder Volksaufstände) erzwungenen Machtwechsel zu Fall gebracht würde, und anschließend dann pro-westliche „Demokraten“ nach dem Gusto Brüssels, Berlin und Washington ans Ruder gelangen sollten?

Die nächste Rolle rückwärts?

Wollen die friedensbewegten blau-gelben Pazifisten, mit der Voraussicht und dem politischen Sachverstand einer Eintagsfliege, ihre im Eiltempo verabschiedeten Sanktionen und abgebrochenen Geschäftsbeziehungen dann stur beibehalten, die neue Post-Putin-Regierung schwächen und die Destabilisierung Russlands auch unter einer neuen, grundrechtsorientierten und friedlichen Führung durchziehen? Oder heißt es dann wieder einmal Rolle rückwärts, Kommando zurück- und es wird dann der nächste Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kohle in Gang gesetzt?

Für die deutsche Bundesregierung spielen solche perspektivischen Überlegungen offenbar überhaupt keine Rolle. Es zählt wieder nur die Moral des Augenblicks. Was sich gut anfühlt, muss gut und richtig sein! Dabei kann – wenn selbst die Grünen plötzlich Blutöl und -gas aus Arabien gutheißen und vor menschenrechtsverachtenden Scharia-Scheichs katzbuckeln, bloß um vom politisch unkorrekt gewordenen Putin-Öl und Gas herunterzukommen – von Logik, innerer Konsistenz und Glaubwürdigkeit deutscher Politik ohnehin nicht mehr gesprochen werden. Die Junkies wechseln den Dealer, doch der Neue ist nicht minder schmutzig.

Bei Habeck und Konsorten weiß man ohnehin nicht, ob sie die Tragweite der derzeit aus dem Bauch heraus, auf Druck der Straße getroffenen Entscheidungen ihres Putin-Exorzismus begreifen – und sie nicht als Mittel zum Zweck der energetischen „Dekarbonisierung“ begreifen – nach dem Motto: Hauptsache weniger CO2! In diese Richtung weisen grotesk unterkomplexe Bemerkungen nun auch Habecks, jeder Verzicht auf Autofahren, Reisen, Heizen und Stromverbrauch schade dem russischen Despoten. Der herbeiphantasierte Overkill durch Global Warming in 50 oder 100 Jahren scheint Grüne dabei zu jedem Zeitpunkt mehr zu beschäftigen als die Zerstörung Kiews oder Mariupols.

Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe drohen

Wenn schon in Sachen volkswirtschaftliche Zusammenhänge realitäts- praxisfremde Grüne, die durch ihre erratischen Kurzschlüsse angerichteten oder achtlos in Kauf genommenen Schäden nicht erahnen, so wären sie dennoch gut beraten, Warnungen jener ernst zu nehmen, die es besser wissen: So warnen Deutschlands Energiekonzerne im Falle des Stopps russischer Gaslieferungen bereits vor Schadenersatzklagen in Milliardenhöhe – und zwar durch all die Unternehmen, die dann nicht mehr ausreichend mit Gas versorgt werden können. Für diese Schäden würde am Ende die Regierung – und damit die Allgemeinheit – haftbar gemacht. Wie der aktuelle „Spiegel“ schreibt, sollen die Versorger deshalb bereits in einer Klausursitzung von der Bundesnetzagentur verbindliche Kriterien eingefordert haben, nach denen die Behörde über die Belieferung der Industriebetriebe entscheidet.

Der bisherige nationale Notfallplan sieht vor, dass bei sinkendem Gasdruck zuerst private Haushalte versorgt werden; Industriebetriebe müssten dann mit Rationierung oder Abschaltung rechnen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), die die Gespräche mit der Bundesnetzagentur führen, hatten zuvor deutlich gemacht, dass sie der Behörde keine konkreten Unternehmen nennen würden, die von der Versorgung abgeschnitten oder rationiert werden könnten. Sicher ist nur: Wenn es dazu kommt und geklagt wird, sind die Lockdown-Schadenersatzforderungen dagegen ein müder Witz.

In drei Arbeitsgruppen wollen Verbände und Behörde nun Kriterien für Abschaltungen erarbeiten und technische Details klären. Dabei dürfte relevant sein, ob Fabriken heruntergefahren werden können und ob es um Produkte geht, die lebenswichtig sind oder in den Lieferketten dringend benötigt werden. BDEW-Geschäftsführerin Kerstin Andreae hatte die Regierung am Donnerstag aufgefordert, die Frühwarnstufe auszurufen.

Der Vorstoß sollte offenbar Tempo in die Vorbereitungen bringen. „Wir müssen Tacheles reden“, soll sie in einer Videorunde gesagt haben. Das lässt nichts Gutes erahnen: Wann immer in Deutschland Tacheles geredet wird, passiert anschließend: Nichts.

[Daniel Matissek]

<https://ansage.org/deutsche-schnellschusspolitik-das-boese-erwachen-wird-kommen/>

Moskau: BRICS-Staaten bilden Herz neuer Weltordnung

In der russischen Regierung ist man offenkundig tief enttäuscht über die jahrzehntelange Weigerung der westlichen "Partner", die Interessen Russlands zu berücksichtigen. Stärker als zuvor dürfte die Suche nach neuen Partnern betrieben werden.

Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow hat erklärt, dass die BRICS-Staaten das Herz der neuen Weltordnung bilden werden. Da der Westen einen hybriden Krieg gegen Russland erklärt habe, müsse Moskau nach Möglichkeiten in anderen Regionen suchen, so der Diplomat. Auf die Frage, ob die BRICS-Staaten eine wichtigere Rolle in der Welt im Zuge des Ukraine-Konfliktes annehmen würden, erklärte Rjabkow gegenüber RT:

"In jeder Hinsicht ... werden diese Länder die Grundlage einer neuen Weltordnung bilden."

Russland arbeite daran, Kontakte mit jedem Land zu knüpfen, das an einer Zusammenarbeit interessiert sei, so Russlands stellvertretender Außenminister. "Dies ist nur ein weiterer Schritt", sagte er mit Blick auf das jüngste Treffen des russischen Außenministers Sergei Lawrow mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi. Russland habe eine "stabile und langjährige Politik des Aufbaus einer umfassenden Partnerschaft mit China."

Zur Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Gasverträge mit "unfreundlichen" Ländern auf Rubelzahlungen umzustellen, sagte Rjabkow, Russland ändere nicht die Vertragsbedingungen, sondern schütze seine Interessen. Er sagte:

"Wir ändern nicht die Vertragsbedingungen, sondern schützen unsere Interessen vor einem Tsunami, einer Welle völlig unverantwortlicher Sanktionen, die gerade die Grundlagen des internationalen Handels und des internationalen Systems erschüttert haben."

Die Tatsache, dass westliche Länder Verträge mit Russland in verschiedenen Bereichen "innerhalb einer Nacht" gekündigt haben, sei beschämend, so Rjabkow. Russland sei immer ein verlässlicher Lieferant gewesen und beabsichtige, die Gaslieferungen nach Europa fortzusetzen. Allerdings müssten auch die Interessen Moskaus berücksichtigt werden. Der Diplomat drückte seine Hoffnung aus, dass die europäischen Länder ihre Entscheidung, Gas nicht in Rubel zu bezahlen, revidieren und einen kreativen Ansatz in dieser Frage finden werden.

Nach Ansicht des Diplomaten wird Russland seine eigenen Schlüsse aus der rassistischen Russophobie ziehen, die sich in letzter Zeit im Westen entwickelt habe. Diese antirussischen Gefühle hätten nichts mit der Situation in der Ukraine zu tun. Der Westen hasse Russland einfach, sagte Rjabkow. "Sie glauben nicht, dass es einen Platz für Russlands unabhängige Politik und Russlands unabhängige Position auf der globalen politischen Bühne gibt." Moskau werde jedoch die unabhängige russische Position verteidigen, fügte der Diplomat hinzu.

<https://de.rt.com/international/135058-moskau-brics-staaten-bilden-herz/>

Sanktionen für die Tonne: Russland-Reiseverkehr über Umwege

Dass Sanktionen praktisch nie den gewünschten Effekt haben und oftmals sogar das genaue Gegenteil ihrer Absichten bewirken, wusste schon Peter Scholl-Latour. Im Fall der vor allem von Deutschland fast schon mit kreuzritterlichem Eifer betriebenen Aussperrung und Maßregelung Russlands zeigt sich dies gleich auf doppelte Weise: Zum einen, weil wir uns wirtschaftlich damit selbst ins Knie schießen. Zum anderen, weil die bezweckte Isolation zum Großteil gar nicht erreicht wird. Ein illustres Beispiel hierfür ist etwa die Einstellung des Flugverkehrs Richtung Russland: Wer nach Moskau und anderswo möchte, kann dies auch weiterhin tun – zwar nicht mehr auf direktem Wege, sondern über Umwege. Das kostet mehr, stärkt die Wirtschaft der Drittstaaten – und sorgt für massiv mehr CO2-Emissionen. Doch wenn es um die gerechte Sache geht, spielt all dies ja keine Rolle mehr für die gründurchwirkte Moralphanax hierzulande.

So ergab jetzt eine Analyse der Flugscheine, die zwischen 28. Februar und 8. März ausgestellt wurden, dass sich ein äußerst gedeihlich florierender Markt zur Umgehung der Flugverbote nach Russland entwickelt hat. Kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hatten die Europäische Union, Norwegen, Großbritannien und die Schweiz ihren Luftraum für russische Flugzeuge und Fluggesellschaften gesperrt; Russland reagierte seinerseits darauf mit einer Sperre seines Luftraums für Flugzeuge aus diesen Ländern. Da nun aber Serbien weder EU-Mitglied ist noch Sanktionen gegen Russland verhängt hat, eröffnete sich hier schnell ein lukratives Schlupfloch: Das Land wurde zum Drehkreuz der – ungebrochen weiter stattfindenden – Reisetätigkeit gen Russland. Dasselbe gilt für die Türkei und die Emirat-Staaten.

Massiver Anstieg der Reiseaktivität

Im Mittelpunkt stehen dabei die internationalen Flughäfen von Belgrad, Istanbul, Dubai und Abu Dhabi. In Europa stieg der Anteil der verkauften Flugtickets von und nach Russland, verglichen mit der Vor-Corona-Zeit, sogar um 200 Prozent. Der Anstieg ist damit so massiv, dass nun sogar zusätzliche Flüge und größere Maschinen bereitgestellt wurden. Die sich mehrheitlich in serbischem Staatsbesitz befindende Gesellschaft Air Serbia steigerte die Kapazität auf der Strecke Moskau-Belgrad um 50 Prozent; die Anzahl der Moskau-Flüge aus der Türkei stieg um 12 Prozent – und bei Flügen aus den Emiraten waren es immer noch 5 Prozent. Vor allem die Route Moskau–Belgrad ist derart begehrt, dass Air Serbia für Economy-Class-Flüge zeitweise 500 bis 700 Euro verlangt. Hingegen sind die Buchungen für Flüge in osteuropäische Länder wie Bulgarien, Estland, Georgien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien und Ungarn seit Beginn des Ukraine-Krieges um 30 bis 50 Prozent eingebrochen.

Wenn es das Ziel der Sanktionen war, den privaten und auch geschäftlichen Austausch zwischen Europa und Russland durch Kappen der Direktreiseverbindungen zu verhindern, haben sie das genaue Gegenteil

zur Folge gehabt.

<https://ansage.org/sanktionen-fuer-die-tonne-russland-reiseverkehr-ueber-umwege/>

Wenn bei den Sanktionen vergessen wurde, das Hirn einzuschalten (1)

Phil Seymour, der Vorsitzende der Association of European Leasing Companies:

Überall auf der Welt besitzen die Fluggesellschaften keine eigenen Flugzeuge, sondern leasen sie. Die EU hat Sanktionen gegen Russland verhängt und die europäischen Leasinggesellschaften verpflichtet, alle geleasten Flugzeuge aus Russland bis zum 28. März zurückzunehmen. Das sind insgesamt 520 Flugzeuge.

1. Rückgabe von 520 Flugzeugen! Und wie macht man das? Die Russen sagten, wenn Sie sich weigern, sie uns zu leasen, holen Sie sie selbst zurück! Wie können wir 520 Besatzungen nach Russland bringen, wenn der Luftraum in Russland, Weißrussland und der Ukraine gesperrt ist? Wir können nicht einfliegen!
2. Sobald die Übergabe auf russischen Flughäfen stattgefunden hat, werden die Flugzeuge nicht mehr russisch sein. Aber ein nicht-russisches Flugzeug darf nicht im russischen Luftraum fliegen - er ist gesperrt! Wir werden nicht ausfliegen können!
3. Die Leasinggesellschaften sind in diesem Fall die Initiatoren der Beendigung dieser Leasingverhältnisse. Bei der ursprünglichen Berechnung der Kosten für die Geldbußen in einem solchen Fall sind wir alle auf einmal bankrott. Es ist einfacher, in Konkurs zu gehen, als die Bretter zurückzuerobern. Es ist billiger.
4. Der Februar ist vorbei, und Russland muss die Leasingraten für den Monat zahlen. Russland ist zahlungswillig, kann aber nicht zahlen, weil es vom Swiftverfahren ausgeschlossen ist. Wir selbst müssen Bußgelder wegen der Kündigungen zahlen, haben aber angesichts der fehlenden Zahlungseingänge aus Russland kein Geld dafür!
5. Selbst wenn wir diese Flugzeuge zurück nehmen - was machen wir mit ihnen? Wir brauchen sie nicht, niemand will sie und es ist unmöglich, sie zu verkaufen!
6. Die Boeings amerikanischer Leasinggesellschaften sind nicht betroffen. Wenn Europa den Russen die Flugzeuge wegnimmt, werden die USA Russland mit ihren Boeing-Flugzeugen beliefern und zur weltweiten Nr. 1 unter den Flugzeugbauern werden, was sowohl die europäische Leasinggesellschaft als auch Airbus in den Ruin treiben wird."

Ich weiß gerade nicht, ob ich laut lachen oder lieber leiser hysterisch kichern soll.

Wenn bei den Sanktionen vergessen wurde, das Hirn einzuschalten (2)

Kapazität Nordstream 1 Pipeline (russisches Gas): rund 55 Milliarden Kubikmeter pro Jahr.

Dieses Gas soll nun durch amerikanisches ersetzt werden.

Kapazität eines aktuellen LNG Tankers: 147.000 Kubikmeter (Tanker mit 250.000 Kubikmeter Kapazität sind geplant beziehungsweise einige Wenige gibt es schon.)

Das heißt, um an Jahreskapazität Nordstream 1 zu ersetzen, braucht man etwa 374.150 Fahrten quer über den Atlantik, von herkömmlichen Tankern jährlich, bei jedem Wetter.

Jeden einzelnen Tag des Jahres müssen 1.025 Tanker die Häfen anlaufen. 2018 gab es insgesamt etwa 470 dieser Tanker weltweit. Wegen der hohen Kosten, etwa 200 Millionen Dollar pro Schiff, werden solche Tanker

erst auf Kiel gelegt, wenn eine Langfristcharter vorliegt (etwa 20 Jahre).

In Europa gibt es 29 Terminals für solche Tanker. In Deutschland fängt man eben an, das erste Terminal zu bauen.

29 Terminals für 1.025 Tanker pro Tag, heißt 35-36 Tanker pro Terminal und Tag. Alle 40 Minuten müsste die Ladung gelöscht sein.

Allerdings dauert der Vorgang 20 Stunden bei den 147.000 m³ Tankern und bis zu 30 Stunden bei den 250.000 m³ Tankern.

Die, vor allem deutsche, Begeisterung für die Tankerlösung klingt ein wenig nach Vertrauen auf ein unrealistische Wunderwaffe.

Videos, die man gesehen haben muss

Sanktionen: Die finale Selbstzerstörung des Westens

MMnewsTV: Der Westen betreibt die Zerstörung des Finanzsystem durch Sanktionen gegen Russland. Moskau dürfte darüber lachen. - Der Tag der Abrechnung rückt näher.

https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=BHjapVbpEtU&ab_channel=MMnewsTV

Katar statt Russland? Über grüne Scheinheiligkeit und die katastrophalen Folgen eines Gas-Embargos

Mit jedem Tag, in dem Bomben fallen und Menschen in der Ukraine sterben, wird die Forderung lauter, man möge doch kein Gas und Öl mehr in Russland kaufen. Doch was würde das sofort oder auch mittelfristig eigentlich bedeuten? Müssen wir im nächsten Winter "frieren für die Freiheit", wie es der ehemalige Bundespräsident Gauck empfohlen hat? Ließe sich die russische Kriegsmaschine damit überhaupt stoppen? Haben Wirtschaftssanktionen jemals zum Erfolg geführt oder nur das Elend der Bevölkerung vermehrt? Die Folgen eines Gas- und Öl-Boykotts wären vor allem für die deutsche Industrie und die Verbraucher katastrophal, denn die Produktion müsste in vielen energieintensiven Betrieben gestoppt werden. Doch sind die lupenreinen Diktaturen am Golf, bei denen Wirtschaftsminister Habeck gerade stattdessen um Energielieferungen wirbt, wirklich sympathischer? Und was machen wir, wenn die USA ihren nächsten völkerrechtswidrigen Krieg beginnt? Stoppen wir dann auch unseren Handel mit den Vereinigten Staaten?

<https://www.youtube.com/watch?v=hFMMeqC8fuY>

In diesem Rundbrief fordere ich Dich auf auch die andere Seite zu hören, nicht nur auf das, was unsere Mainstreammedien täglich publizieren ... Der nächste Rundbrief kommt in ein paar Tagen mit dem Thema **Corona – war's das?**

Danke für Dein Interesse und Deine Zeit!

Johannes H.

[SCHNITTPUNKT:2012]

Alle Rundbriefe jetzt auf: <https://survival-scout.at>

Telegram: <https://t.me/schnittpunkt2012>

Du kannst diesen Rundbrief jederzeit abbestellen unter: schnittpunkt2012@gmail.com